

Der Kommunist

Flugzeitung der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands (Ostachsen).

Nr. 21.

Erscheint möglichst
jeden Freitag.

Dresden, 7. Mai 1920.

Verlag u. Expedition:
Buchhandlung der K. A. P.
Dresden-N., Seminarstr. 23, p.

Preis 20 Pf.

Die K. A. P. D. als Nachgeburt der U. S. P.

(Fortsetzung.)

Otto Kühle.

VII.

In der Frankfurter „Roten Fahne“ habe ich bereits im November 1919 die Fragen aufgeworfen: **Was bestimmt die K. A. P. D. - Zentrale, unter handgreiflichen Vorwänden aller Art zum Parlamentarismus zurückzukehren?** Weshalb ändert sie ihre Haltung in der Gewerkschaftsfrage? Wozu die Annäherung an die U. S. P., deren Politik gerade jetzt so tief in Mißkredit steht? Und ich habe damals die Antwort gegeben: Die Zentrale erstrebt die Teilnahme an der nächsten Regierung, die eine „rein sozialistische“ Koalitionsregierung sein soll.

Diese Antwort war der Zentrale sehr unangenehm und sie tat, was Leute zu tun pflegen, die man auf dem Schleichweg ertappt, sie schimpfte.

Inzwischen ist ihre Absicht aber immer deutlicher geworden. Sie hält es schon nicht mehr für nötig, sich gegen den Verdacht einer Kandidatur für ein parlamentarisch-demokratisches Kabinett zu verteidigen.

Mehr noch! Sie hat in letzter Zeit Veröffentlichungen hinausgehen lassen, aus denen man ohne die Gabe besonderer politischer Feinbühigkeit das Vernehmen wahrnehmen kann, sich für den eventuellen Bedarfsfall als Fortsetzende bewirbt in empfehlende Erinnerung zu bringen. Nach den Praktiken gerissener Popper und Schieber sucht sie durch eine sehr konziliante Gegenofferte eine ihr günstige Stimmung zu erwecken und dadurch leichter ins Geschäft zu kommen.

Man genieße — nachdem man sich vergegenwärtigt, wie rasch sich die Zentrale-Kommunisten zur Abwehr des Kapp-Putschs allenthalben mit U. S. P. und S. P. D. zusammengefunden hatten, wie sie im Verein mit U. S. P. und S. P. D. den Kitzkämpfen die solidarische Hilfe verweigert haben usw. — folgende Erklärung vom 21. März 1920:

1. Der Militärputsch der Kapp-Mittwoch bedeutet den Zusammenbruch der bürgerlich-sozialistischen Koalition. Der proletarische Kampf gegen die Militärdiktatur war ein Kampf gegen die bürgerlich-sozialistische Koalition und hat zum Zweck, die politische Macht der Arbeiterklasse zu erweitern bis zur vollständigen Ausschaltung des Bürgertums.
2. Die proletarische Diktatur kann aufgerichtet werden nur als Diktatur der ausschlaggebenden Teile des Proletariats und jetzt voraus eine starke kommunistische Partei, die getragen wird vom revolutionären Bewußtsein der werktätigen Bevölkerung, die sich zur Diktatur des Proletariats offen bekennet.
3. Das gegenwärtige Stadium des Kampfes, wo dem Proletariat noch keine ausreichende Macht zur Verfügung steht, wo die mehrheitssozialistische Partei noch einen starken geistigen Einfluß auf Beamte, Angestellte und bestimmte Arbeiterschichten hat, wo die U. S. P. D. die ständige Arbeiterklasse in ihrer Mehrheit hinter sich hat, ist ein Zeichen dafür, daß die objektiven Grundlagen für die proletarische Diktatur im gegenwärtigen Stadium noch nicht gegeben sind.
4. Für die weitere Eroberung der proletarischen Massen für den Kommunismus ist ein Zustand, wo die politische Freiheit unbegrenzt ausgenutzt werden, wo die bürgerliche Demokratie nicht als Diktatur des Kapitals auftreten könnte, von der größten Wichtigkeit für die Entwicklung in der Richtung zur proletarischen Diktatur.
5. Die K. A. P. D. steht in der Bildung einer sozialistischen Regierung unter Ausschluß von bürgerlich-kapitalistischen Parteien einen erwünschten Zustand für die Selbstbefreiung der proletarischen Massen und ihr Heranreifen für die Ausübung der proletarischen Diktatur. Sie wird gegenüber der Regierung eine lokale Opposition treiben, solange diese Regierung die Garantien für die politische Betätigung der Arbeiterklasse gewährt, solange sie die bürgerliche Konterrevolution mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft und die soziale und organisatorische Kräftigung der Arbeiterschaft nicht hemmen wird.

Unter lokaler Opposition verstehen wir:
Keine Vorbereitung zum gewaltsamen Umsturz, bei selbstverständlicher Freiheit der politischen Agitation der Partei für ihre Ziele und Vorhaben.

21. März 1920.

Zentrale der K. A. P. D.
(Spartakusbund).

Also: Die Masse ist noch nicht reif für die Räte-Diktatur. Haben wir das nicht schon aus dem Munde Scheidemanns und Kautskys gehört? So ist die Bildung einer „sozialistischen“ Regierung aus den Parteien des Arbeitermordes und Arbeiterverrats ein „erwünschter“ Zustand. Eine Regierung, die weder den Kapitalismus überwinden noch die Bourgeoisenschaft brechen kann, die das alte System der Füge der Täuschung, der Ausbeutung und Drangsalierung aufrecht erhalten muß, wenn sie existieren will, eine solche Regierungspottgeburt ist der K. A. P. D. - Zentrale „erwünscht“. Die Zentrale stellt ihre grundsätzliche Forderung des Räteystems bis auf weiteres in den Glaschrank, stellt sich selbst auf den gottgewollten Boden der demokratischen Verfassung mit Parlament und parlamentarischer Regierungshumbung, beteiligt sich an den bürgerlichen Methoden des Kuhhandels und Untermogels und ist schließlich bereit, in ein „rein

sozialistisches“ Kabinett Ebert-Dünnig-Levi einzutreten. Die Versicherung lokaler Opposition — also der Verzicht auf Fortsetzung des revolutionären Kampfes — ist eine Offerte, die den Oberlinern und Dünnigbrüdern gemacht wird, eine plumpe Anbiederung an die Arbeitermörder und Arbeiterverräter nach den bekannten Rezept: Ich sei, gewöhnt mir die Bitte, in eurem Bund der Dritte.

Sieht man jetzt, wohin die Reise geht? Weiter, merkt Ihr noch immer nicht, daß Ihr wieder einmal an die Reaktionen verfallen und verkauft werden sollt?

Aber weiter! Als die Mosk-Soldateska auf das Ruhrgebiet loszöge, als die Gewerkschaften, entgegen den getroffenen Abmachungen, die eruchte Aufrufung der Massen zum Generalstreik verweigerten und die Parole unterschlugen, schickte die Dünnigs, die ohne Bauchschmerz und Hofsturz nicht leben können, zwei alleruntertänigste Deputationsen zu Ebert und dem Oberlinen der preussischen Regierung.

Anstatt nun diese ebenso würde- als zwecklose Schweifsweddel nach Gebühr zu brandmarken, wie es sich einem Revolutionär gezieme, fühlte sich der — hm! — Minister-Kandidat Levi veranlaßt, sie auf der Berliner Betriebsräte-Verammlung in hohen Tönen als „sehr ernste und notwendige Sache“ zu preisen. Nach dem Bericht der „Freiheit“ erklärte er weiter:

Es müsse eben in dieser Situation jeder Weg gegangen werden, der Macht in die Hände des Proletariats bringen könnte. Gelangt das, und selbst wenn auch nur in einer Weise, die nicht die restlose Erfüllung aller Wünsche bringe, so bekomme wenigstens die Revolution eine notwendige Atemhaue, werde verhindert, daß die Bourgeoisie die Macht in die Hände bekomme und erneut auf unabsehbare Zeit behalte. **Es sei grundsätzlich zu betonen, daß die Revolution in Deutschland so langsam voranschreite. Das sei keine Schwäche, sondern bewiese ihre Stärke, bewiese, daß das deutsche Proletariat den Ernst der Revolution und die durch ihre Grundsätzlichkeit bedingte Langwierigkeit erkenne.** Die Revolution vollziehe sich eben nicht in stürmischen Schwung bis zur Vollendung, sondern spiele sich in den Stappen ab.

Man sieht: selbst beim Verhandeln mit Ebert und Konforten ist die Nachgeburt der U. S. P. schon anzulauten. Was noch vor Wochen von demselben Levi der U. S. P. als „Verrat“ und „Verbrechen“ (mit Recht!) angekreidet wurde, wandelt sich jetzt zur klugen Stappentastik, die nächstens von Levi selber persönlich geleitet werden wird.

Hoffentlich läßt ihn die von ihm begrüßte langsame Entwicklung der Revolution dazu Zeit. Bei einem rascheren Ablauf könnte nicht nur der erträumte Ministerstuhl in der „reinen“ Arbeiterregierung zum Teufel gehen — die Welle könnte vielleicht gar über Paul Levi selbst hinwegzischen und ein großes Talent bliebe unvertan.

VIII.

Die Sünden der Zentrale sind nicht bloß Paul Levis Sünden.

Sie sind auch nicht ausschließlich Sünden der anderen Nicht-Sünden von Menschen allein.

Wie in der alten Sozialdemokratie nicht bloß Lumpen und Hanswürste sitzen, obwohl ihre Politik die Ausgeburt der Hirne von Lumpen und Hanswürsten ist, so ist auch die Politik der K. A. P. D. - Zentrale nicht bloß das Produkt opportunistischer Schlappschwänzigkeit und verräterischer Streberei, obwohl Opportunisten und Streber dabei eine Rolle spielen und Schlappschwänzigkeit und Verrat nur zu deutlich manche der Typen charakterisieren. Die Ursachen dieser Politik liegen tiefer.

Die Partei als politisches Organisationsgebilde ist in ihrer historischen Existenzberechtigung gebunden an die Voraussetzung des Parlamentarismus. Wie dieser entspricht sie in ihrer Struktur wie in ihren Funktionen den Prinzipien der Demokratie, des Repräsentativsystems, des bürgerlichen Staates. Ist die Demokratie die klassische Form des bürgerlichen Staates und der Parlamentarismus die klassische Form der bürgerlichen Gesetzgebung, so ist die Partei die klassische Form der Geltendmachung bürgerlicher Interessen. Auch die K. A. P. D. ist eine politische Partei, befaßt mit den Merkmalen ihre bürgerlichen Verfassungen; auf das Parlament angewiesen; einsetzt auf eine Politik, die in der Tat notwendiger Weise zum Opportunismus führt. Daher — trotz all ihres anfänglichen Sträubens — die schließliche Rückkehr zum Parlamentarismus; daher auch — trotz aller Versuche, sich von den Gewerkschaften frei zu machen — die schließliche

Rückkehr zu ihnen, mit denen sie die gleiche Ausgangsbasis des bürgerlichen Zeitalters verbindet. Daher auch — nicht aus Sünden persönlicher Verräterei und Lumperei sondern unwillkürlich gedrängt durch die stärkere Macht der Tatsachen — **ihr Vanden bei den üblichen Methoden der bürgerlichen Politik: des Kuhhandels, des Kompromisses, der Reform.**

Hätte die Zentrale diese Zusammenhänge begriffen, daraus gelernt und sich bemüht, danach zu handeln, würde sie die Opposition, die sie brutal abstieß, anders eingehängt und sicher anders behandelt haben.

Aber wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

Die tiefere Ursache der verfehlten Politik der Zentrale ist darin zu erblicken, daß die K. A. P. D. als Partei eine kommunistische Politik zu treiben versucht. Als Partei kam man folgerichtig nur Politik im bürgerlichem Sinne treiben.

Treibt man als Sozialdemokrat mittels der Partei Politik, so wird man damit nur als Demokrat bestehen können, als Sozialist aber unter die Räder kommen. Die alte Sozialdemokratie beweist dies schlagend, indem sich ihre gesamte Politik lediglich auf die Erfüllung des zweiten demokratischen Teiles des Erfurter Programms beschränkt. Der erste (sozialistische) Teil wird preisgegeben.

Die U. S. P., in Worten revolutionär und schärfste Kritikerin der S. P. D., sinkt, sobald sie praktische Politik treibt, sofort auf das Niveau der alten Partei herab und unterscheidet sich im Bezug auf Verrat von Grundfragen, Opportunismus, Kuhhandel mit dem Bürgertum etc. in nichts von ihr. Eben, weil sie belastet ist mit dem Fluche der Partei!

Und die K. A. P. D.? Sie demonstriert das Verhängnis ihrer Parteipolitik noch drastischer. Der Parteicharakter raubt ihr geradezu jede Möglichkeit, in politischer Maßnahmen, die auch nur ein Schritt über die Wortpropaganda hinausgehen, den Kommunismus zu repräsentieren. Sie wird zur Nachbeterin der U. S. P. - Sünden. Zur Revidition des U. S. P. - Verrats. Zur Nachgeburt der U. S. P.

IX.

In der Zentrale bleibt man diesem Zusammenhängen gegenüber blind und taub.

Man ist auf den Parteicharakter der Bewegung eingeschworen und vermag sich von dieser Zwangsvorstellung nicht freizumachen.

Weiterschreitend auf der Bahn kommt man immer tiefer herunter, häßt Fehler auf Fehler, Verrat auf Verrat.

Das Ende ist eine Koalitionsregierung mit S. P. D. und U. S. P. Eine sozialdemokratische Regierung in drei Männen. Kein Kommunismus.

Hier erst erkennt der Beobachter die große Kurzsichtigkeit und Beschränktheit, die die K. A. P. D. an den Tag legt, als sie die Opposition aus ihren Reihen stieß.

Die Opposition ist nämlich das neue Element. Ist der Kommunismus.

Keine persönliche Stänkererei, kein Syndikalismus, keine Erfindung Beelzebubs.

Die Opposition ist, — wenigstens in ihrem fortgeschrittenen und vertiefteren Teile — nicht mehr und nicht weniger als **der erste Versuch, das revolutionäre Proletariat außerhalb des Parteipierchs als revolutionäre Klasse in eine der Revolution entsprechende Organisationsform, die keine Partei ist, zu fassen**

und seine revolutionäre Aktionsbereitschaft und Aktionskraft mit Mitteln und nach Methoden auszulösen, die ihrem Wesen und ihrer Wirkung nach nicht mehr bürgerlich-demokratisch, sondern proletarisch-revolutionär sind.

Daher: **Anwendung des Rückgedankens auf die Partei-Organisation**

Daher: **Ablehnung des Parlamentarismus.**

Daher: **Sammlung der Massen in Betriebsorganisationen.**

Daher: **Zusammenfassung der Massen in Arbeiter-Unionen.**

Daher: **Ablehnung aller Tarife, Verhandlungs- und Kompromisspolitik.**

Daher: **Ablehnung einer Beteiligung an einer sog. rein-sozialistischen Koalitionsregierung.**

Die kommunistische Opposition, organisiert in der Kom. Arbeiter-Partei Deutschlands, stellt die erste tatsächliche kommunistische Bewegung im deutschen Proletariat dar.

Hier ist kein alter verunpumpter politischer Boden — hier ist politisches Neuland.

Keine Nachgeburt — sondern Neugeburt.

Keine Sozialdemokratie — sondern Kommunismus.

Karl Marx und Paul Levi.

Das zweite Wort im Munde der Levi und Kai Jorlen ist die Berufung auf Karl Marx. Sie haben Marx am besten begriffen. Sie allein legen seine Lehre richtig aus. Ihre Politik ist die marxistische.

Fabel ist in Wirklichkeit der gerühmte Marxismus der Zentral-Kommunisten eine greuliche Verballhornung und schamlose Verfälschung. Niemals ist Marx so mißbraucht, verhöhnt, und gehändelt worden wie von den Leuten um Levi. Weder von Kautsky, noch von einem anderen.

Wir haben hier nicht Raum und Zeit, um dies an Hunderten von Beispielen nachzuweisen. Aber wir haben zwei Dokumente zur Hand, deren Gegenüberstellung die erhabene Größe des revolutionären Bewusstseins und der revolutionären Aktivität bei Marx und die armselige Zwecklosigkeit des politischen Schachzuges, die jubalturne Beschränktheit des politischen Blicks bei Levi anschaulich demonstriert.

Das erste Dokument ist ein Aufsatz von Marx aus dem Jahre 1850. So frisch, so revolutionär, so zeitgemäß, als wäre es gestern geschrieben, geschrieben für die revolutionäre Situation von heute oder morgen.

Das zweite Dokument ist ein Minimalprogramm für die Wahlpropaganda der K. P. D. Es wurde dem letzten Parteitag der K. P. D. im April 1920, von der Zentrale vorgelegt. Man könnte meinen, es entstamme dem Archiv der alten S. P. D., so zahllos, opportunistisch, durch und durch unrevolutionär nimmt es sich aus. In einer Anwandlung von Scham zog es die Zentrale wieder zurück, noch ehe der Entwurf zur Verhandlung kam.

Wir lassen die beiden Dokumente folgen.

I.

Wie haben wir uns vor, während und nach der Revolution zu verhalten?

Von Karl Marx (1850/51).

1. Im Augenblicke der Revolution hören alle bestehenden Verträge auf zu existieren.
2. Das bewaffnete Volk wählt augenblicklich überall revolutionäre Ausschüsse, die alle Macht in die Hände nehmen. Der Zentralausschuß hat seinen Sitz in der ersten bedeutenden Stadt, die in den Händen der Revolution ist. Er hat diktorische Gewalt, alle revolutionären Ausschüsse senden zugleich Abgeordnete an den Zentralausschuß.
3. Alle Steuern und nachgehoben. Die Mittel für die Staatsausgaben werden gewonnen durch:
 - a) Konfiskation des Eigentums der Fürsten und Volksverräter;
 - b) Beschlagnahme der Banken und Staatskassen;
 - c) Zwangsanleihe auf alle Kapitalisten;
 - d) neuerschaffendes Papiergeld.
4. Alle Staatsschulden sind ohne Entschädigung aufgehoben und das alte Papiergeld außer Kurs gesetzt.
5. Der Staat übernimmt alle Hypotheken, keine Hypothek kann nicht mehr befristet werden.
6. Alle Gegner der Revolution werden entwaffnet.
7. Das revolutionäre Volk von 17 bis 60 Jahren bildet das Heer, der jüngere unweibliche Teil ist zunächst gegen den äußeren Feind, der andere gegen den inneren zu kämpfen verpflichtet. Das Volk darf nie wieder entwaffnet werden.
8. Alle Gerichtsbarkeit ist aufgehoben. An ihre Stelle treten Tribunale, die durch die Revolutionsausschüsse bestimmt werden, und denen durch den Zentralausschuß ernannte Kommisäre beigegeben werden.
9. Die Existenz aller Revolutionenkämpfer und ihrer Familien ist garantiert. Jeder muß arbeiten. Der Staat muß ebenso jedem Beschäftigten gewähren, gegen einen guten, von Arbeiterausschüssen zu bestimmenden Lohn.
10. Alle Eisenbahnen, Dampfschiffe und andere öffentliche Kommunikationsmittel nimmt der Staat in Besitz. Ebenso alle Fabriken und Werkstätten, die nicht voll beschäftigt sind und deren Ertrag zur Beschäftigung der Arbeiter bedarf. Die Landarbeiter werden auf den Staatsländereien beschäftigt.
11. Die Paläste und Schlösser der Fürsten und Reichen werden zu Schul- und Erziehungsanstalten, sowie zu anderen gemeinnützigen Zwecken eingerichtet. Die Städte werden unumgänglich verplegt, unterrichtet und erzogen.

II.

Minimalprogramm der K. P. D. für den Wahlkampf 1920.

1. Bessere Anleihe aller für die Sache des Proletariats Verurteilten, sofortige Freilassung aller solcher Gefangenen, Wiederherstellung aller entlassenen Verfahren.
2. Aufstellung von Arbeitermilizen und Arbeiterwehren, Entwaffnung der Offiziere, der Einwohnerwehren, völlige Auflösung der Reichswehr und aller anderen verkappten militärischen Organisationen.
3. Vollständige Konfiskation aller Kriegs- und Revolutionsgewinne (!), Verabschaffung der Steuerbeiträge (!) des Reichs auf ein vernünftiges (!) Maß dadurch, daß sämtliche Kriegsanleihen (nur Kriegsanleihen!) für ungültig erklärt werden mit Ausnahme (!) der Beträge, die von Beronen gesichert sind, deren Einkommen z. B. der Zeichnung weniger als 6000 Mk. betrug. Auf die Sicherung der kleinen Spareinlagen (!) ist besondere Rücksicht zu nehmen.
4. Vollständige Gleichstellung aller Kriegsgenossen (Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften), Sperrung von Gehalt und Pensionen für Offiziere jeden Ranges solange (!), als nicht diese Kriegsgenossen (nur diese?) vor materiellem Not gesichert sind.
5. Sofortige Aufnahme der diplomatischen und Handelsbeziehungen zu Rußland.
6. Vollständige Freiheit der Organisation des Proletariats in Arbeiter- und Betriebsräten (Betriebsratgesetz (!)).
7. Beschäftigung des bürokratischen Verwaltungspersonals, maßgebender Einfluß (!) der Untergebenen auf die Regelung höherer Ebenen (besser besetzte Stellen, Einfluß der Bevölkerung (Wahlprüfung, nicht Arbeiterchaft (!)) auf die Regelung der Verwaltungs- und Gerichtsbehörden (!)).
8. Beilegung der bürokratischen Bevormundung der landwirtschaftlichen Produktion durch Schaffung von Kleinbauern- und Landarbeiterräten, Beschlagnahme des Großgrundbesitzes und Leitung der Produktion auf den Gütern gleichfalls durch Kleinbauern- und Landarbeiterräte.
9. Breite und gemeinschaftliche Organisation des Lebensmittelvertriebs zwischen Stadt und Land durch Kleinbauern- und Landarbeiterräte einerseits, genossenschaftliche Organisationen (!) und Arbeiterräte andererseits, Einstellung der Industrie auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft unter Kontrolle der Arbeiter- und Betriebsräte.

Wie bemerkt, wurde dieses Programm von der Zentrale wieder zurückgezogen. Damit es aber der Nachwelt nicht verloren geht, als wertvoller Ausdruck dafür, wie in den Absichten der Zentrale-Kommunisten sich die Lehre von Marx im Zeitalter revolutionärer Entscheidungstämpfe spiegelt, haben wir die Leistung der Zentrale durch den Abdruck verewigt.

Bestialische Massakers im Industriegebiet.

Die „Polizeiaktion“, die von den Ebert-Müller zur Wiederherstellung der „Ordnung“ und „Verfassung“ gegen das Ruhrproletariat eingeleitet wurde, hat den weichen Banditen Gelegenheit zur Verübung von Greueln gegeben, wie sie weder während der Massenmordaktionen des Weltkrieges noch jemals in der Geschichte der Revolution zu verzeichnen gewesen sind. Die Berichte der Flüchtlinge, denen es mit Mühe und Not gelang, den Klauen der blutigeren Soldateska zu entweichen, reden eine fürchterliche Sprache. So ist uns u. a. auch der Brief eines Ruhrkämpfers an seine Angehörigen zu Gesicht gekommen, der in geradezu fürchterlicher Weise jenes Motto illustriert, unter dem die Proletarierhelfer ins Industriegebiet einmarschiert sind: Gefangene werden nicht gemacht!

In dem bejagten Brief, der in Walsum geschrieben worden ist, werden in schlichter Sprache die Vorgänge des Osterjournées geschildert. Die Weihen versuchten mit allen Mitteln aus den von den Arbeitern umzingelten Festungen Münster und Wesel herauszukommen. Sie zogen die Zivilanzüge der gefangenen Rotgardisten an, legten sich deren rote Binde um den Arm und kamen so an die Linien der Arbeiterwehr heran. Als sie sich nahe genug glaubten, forderten sie unter Eröffnung des Feuers auf: Hände hoch! Darauf unvorbereitet, mußten die Arbeiter sich acht Kilometer zurückziehen. Die Weihen folgten in Panzerautos. Mit Verstärkung trieben die Arbeiter sie wieder zurück. Es gab ein Blutbad. Da heißt es im Brief: „Die gefangenen Rotgardisten mußten genau so schnell laufen, wie sich die Panzerautos forsbewegten. Mancher einer blieb auf der langen Strecke liegen. Man fand die Zurückgebliebenen bis auf den letzten Mann ermordet.“ Dann wird geschilert, wie die Weihen in einer kaum glaublichen, bestialischen Art und Weise mit den gefangenen und später aufgefundenen Arbeitern umgesprungen sind.

Welche wurden aufgefunden mit durchbrannten Hand- und Fußgelenken, bei anderen war der Mund bis zu den Ohren aufgeschnitten, bei wieder anderen der Bauch aufgeschlitzt und die Gedärme zerhackt. Oft waren auch die Gesichtsteile abgeschnitten. Man fand Leute mit den Füßen nach oben an einen Baum angebunden, den Kopf bis an die Brust in die Erde vergraben. Auch nackte verkohlte Leichen haben wir gefunden. Selbst sieben Kote-Kreuz-Schwester, die gefangen genommen wurden, haben sie nicht verschont. Sie wurden verstümmelt wiedergefunden. Diese Vorfälle erklären auch die Tatsache, daß die Arbeiter, als ihre Sache schon verloren war, immer noch standen wie eine eiserne Mauer. So heißt es denn auch in dem erwähnten Brief: „Wir haben den Kampf nun einmal begonnen und müssen ihn zu Ende führen, denn käme Noke hierher, dann hätten wir nichts zu lachen. Jeder Arbeiter würde unweigerlich an die Wand gestellt.“

Wir lassen noch ein paar Dokumente über die Schreckenstaten der Weihen sprechen:

Der Kompanieführer Stephan Brohl aus Mülheim, Ruhr, Hindenburgstr. 168, jagt folgendes aus:

Ich zog mit der Kompanie Liebfnecht nach Sterxtrade. Dort haben wir am Bahndamm gelegen, bis des Nachts 1/2 1 Uhr. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Kompanie bis auf drei Mann zerprengt. Von diesen drei Mann hatte ich zwei Mann fortgeschickt, um Verstärkung zu holen, weil ich mich nicht mehr halten konnte. Diese kamen nicht mehr zurück. Daraufhin kam eine Samariterin Wilhelmine Gullites aus Welfojen. Nun kam ein Reanier der Bahn und meldete einen Panzerzug an, der mit Verstärkung für uns ankam. Als aber der Zug hielt, waren es Mostebrüder und Kavallerie. Wir wurden sofort festgenommen von einem blutigen Leutnant. Ich wurde schwer mißhandelt mit Kolbenschlägen. Die Schwester wurde uns Gesicht geschlagen. Wir wurden dann in eine Scheune gebracht, worin wir über sieben Stunden waren. Während dieser Stunden wurden die Schwester sowie auch ich nackt ausgezogen. Ich wurde liegen gelassen, die Schwester dagegen in meinen Beisein von elf Personen geschlechtlich gebraucht. Unsere Sachen haben wir nicht wiederbekommen. Meine Uhr sowie 124 Mark, ferner von der Schwester ein Medaillon und 40 Mark, und die ganzen Kleidungsstücke haben wir nicht wieder gesehen. Nach Verlauf dieser 7 1/2 Stunden gelang es uns, zu entkommen. Die Krankenschwester fand eine alte zerrißene Bluse und einen Rock und ich eine Arbeitschufe und eine Jacke. So gingen wir Samstag nach Oftern zur Roten Armee und stellten uns dort zur Verfügung. Aufgenommen: A. Wöger. Elberfeld, den 9. April 1920. gez.: Stephan Brohl, Mülheim, Ruhr. Hindenburgstraße 168. Protokoll.

Die Genossen Handke, Konrad Ehrhardt, Alfred Schad und Peter Ballen, sowie Genosin Krappmann, sämtlich aus Essen-Borbeck, sagen folgendes aus: Heute (7. 4. 20.) morgen zwischen 8 und 9 Uhr, rüchten die Reichswehrtruppen von Mülheim-Heißen in Essen-Borbeck ein. Im Fliegenbusch fanden zwei

Mann mit der weißen Binde vom Sicherheitsdienst Wache. Den Anweisung hatte der Oberbürgermeister in Essen ausgestellt. Die Reichswehr hat diesen alsdann die Waffen abgenommen und daraufhin sie an die Wand gestellt und erschossen. Bis 11 Uhr haben diese an der Stelle tot gelegen, und wurden dann in das evangelische Krankenhaus geführt. Jede Wolschbant wurde geschnitten und sämtliche Arbeiter herausgeholt, hiervon 8 Mann an die Mauer gestellt.

Elberfeld, den 7. April 1920. gez.: Hugo Handke, Konrad Ehrhardt, Alfred Schad, Peter Ballen, Barbara Krappmann.

Die revolutionären Arbeiter nimmt es nicht wunder, daß die kapitalistische Pressefarnilla diese „Heldentaten“ der „braven Truppen“, selbst wenn man davon erzählt, tatschweig; aber es ist bezeichnend genug, daß der Erbe Gustav Noske, Reichswehrminister Geßler, diese Bestien in Menschengestalt in der Nationalversammlung, ohne niedergebrienen zu werden, als „einen festen sicheren Schutzwall des Volkes und seiner freiwirtschaftlichen Entwicklung“ bezeichnen konnte. Zu Tausenden sind die Arbeiter in die Arme der Ententetruppen geflüchtet. Wochien es selbst Senegalneger sein, die dort aufgeboden waren, jedermann wußte, daß ihn ein solcher Empfang dort niemals erwartete.

Die Proletarier des Industriegebiets sind geschlagen. Verraten von seinen Führern von Legien bis Levi liegt das Ruhrproletariat, das festeste Bollwerk der proletarischen Revolution in Deutschland, aus tausend Wunden blutend am Boden. Dieser Tatsache heißt es ins Gesicht zu sehen. Mit nie dagewesener Brutalität triumphiert jetzt der weiße Schrecken. Unzweideutig klar steht es wiederum vor den Augen des Proletariats, daß es zwischen Revolution und Konterrevolution kein Verhandeln geben kann. Der Weg nach Bielefeld war für die heldenmütigen Ruhrkämpfer der Anfang vom Ende.

Hart und dornig ist der Weg, den die deutsche Arbeiterklasse gehen muß. Die Zähne zusammengehissen. Die Stunde kommt, wo das Proletariat mit seinen Feinden gründliche Abrechnung halten wird. Sie muß kommen!

Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands: Bezirk Dtschafien.

Otto Rühle spricht:

Thema:

Die Revolution ist nicht Parteifache.

Bezirk Dresden.

- Altstadt — Kristallpalast, Schöferstraße:
Sonntag, 9. Mai, vormittags 11 Uhr.
Neustadt — Tonhalle (Nachschalter), Glacisstraße:
Montag, 10. Mai, abends 7 Uhr.
Böbtau — Muesenhalle, Kesselsdorferstraße:
Freitag, 14. Mai, abends 7 Uhr.

Bezirk Plauenischer Grund.

- Gittersee — Gasthof:
Mittwoch, 12. Mai, abends 7 Uhr.
Döhlen — Note Schänke:
Donnerstag, 13. Mai, vormittags 11 Uhr.

R. A. P. - Gruppenversammlungen.

- Dresden-Altstadt: Rest. „Stadt Braunschweig“, Jakobsgasse.
Jeden Dienstag abends 7 Uhr.
„-Striesen: Rest. „Barchburgshäute“, Wartburg-Gasse.
Mittwoch, jeden Montag abends 7 Uhr.
„-Böbtau: Rest. Frankenberg (Witter), Frankenberg-Gasse.
Donnerstag, jeden Dienstag abends 7 Uhr.
„-Cotta: Montag abends 7 Uhr in Cotta, Rest. „Stadt Dresden“, Oederwitzstr. 12.
„-Neustadt: Rest. „Schönburger Hof“, Büchelstr. 26.
Jeden Dienstag abends 7 Uhr.
„-Bieschen: Rest. „Brandtstr.“, Reiskircher Str. 12.
Jeden Dienstag abends 7 Uhr.
Dasselbst Aufnahme neuer Parteimitglieder.
Monatsbeitrag: 2 Mark.

Vorstandskonferenz: Sonntag, 30. Mai, nachmittags 5 Uhr.
Brandenburger Hof, Petersstr., Ecke Berlinerstr.

Quittung.

Liebfnecht - Kampffonds:

Durch Tellererhebung im Kristallpalast 2. Mai: Mk. 283,45.
Ortsgruppe Groß-Dresden. Karl Storch.
Von einem unfreiwilligen Gönner: Mk. 400.—.
Bezirksausschuß Dtschafien. Max Klotz.

Kommunistische Literatur zu beziehen durch die Buchhandlung der K. A. P.

Dresden-A., Seminarstr. 28, p.

Wochentags nachm. 5-7.

Neu eingetroffen:

- „Kommunistische Internationale“, Heft 2 1,50 Mk.
Lenin: Die Diktatur des Proletariats und der Partei 1,50 „
gut bezahlt
Kommunist. Wandkalender 1920 1,25 „
„Kampflieder“ 0,75 „
Die „Internationale“ (Wörter) 0,20 „
R. A. Braun: Zur Geschichte und Tätigkeit der Sowjets in Rußland 1,— „
Luxemburg: Zumindestwöchliche 1,50 „
Ruff. Verfassung 0,50 „
Struthahn: Entwicklung der deutschen Revolution 1,— „

Verantwortlich: Carl Adler-Dresden.

Druck: B. Balthar, Buchverlag.